

Deckel für Gesamtschule

Politik legt sich im Haushaltsplan 2021 auf 60,5 Millionen Euro fest

VON CLAUS BOELEN-THEILE

Kürten. Nach den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss hat die Kürtener Politik Weichen für den Haushaltsplan 2021 gestellt. Ein Überblick.

› **Gewerbegebiet Spitze** Die Kooperation aus CDU, Grünen und FDP hatte sich nach der Kommunalwahl gegen ein Gewerbegebiet in Spitze entschieden. Planungskosten von 60 000 Euro strichen die Politiker einstimmig bei Enthaltung von Michele Monreal (Freie Wähler) aus dem Entwurf 2021.

› **Besoldung** Ab 2021 hätte Kürtens Allgemeiner Vertreter, Kämmerer und Leiter des Geschäftsbereichs Zentrale Steuerung, Willi Hembach, von der Besoldungsstufe A15 (7123 Euro) auf A16 (7935 Euro) befördert werden sollen. „Das liegt ja oberhalb eines Beigeordneten“, kritisierte Marc Beer (CDU), ein Laufbahnbeamter wie Hembach könne nicht höher besoldet werden als ein Wahlbeamter. Laut Bürgermeister Willi Heider (parteilos) sei dies von der Kommunalaufsicht geprüft und rechtlich abgesichert. Dem Antrag der Kooperation CDU, Grüne und FDP auf die Änderung zu verzichten, schloss sich die SPD an, Freie Wähler enthielten sich. Bürgermeister Willi Heider stimmte als einziger für die Veränderung. Nun gilt die bisherige Besoldung weiter.

› **Gesamtschule** Für das Projekt „Gesamtschule“ werden nach Antrag der Dreierkooperation



Das Gewerbegebiet bei Spitze wird es wohl nicht geben. Foto: ca

60,5 Millionen Euro im Haushalt 2021 veranschlagt, nicht 63 Millionen – die Freien Wähler enthielten sich, SPD-Vertreter Jürgen Schmidt stimmte wegen grundsätzlicher Bedenken mit Nein. Auf einem Workshop im August soll nach Kostensenkungen gesucht werden. Die Schule werde am Ende nicht ohne Dach dastehen, erklärte Jochen Zähl (CDU). Auf Wunsch der Kooperation werden im Haushaltsplan die einzelnen Kostenblöcke Schule, Sporthallen, Auslagerungsgebäude und Freiflächen gesondert dargestellt. „Für die öffentliche Darstellung“, meinte Jochen Zähl. Mehrere Anträge der SPD verband der Fraktionsvorsitzende Jürgen Schmidt mit

einem Appell, den Bürgern jetzt „ehrlich zu sagen, was auf sie zukommt“. Mit einer 80-jährigen Abschreibung von etwa 800 000 Euro pro Jahr sei es nicht getan, schon nach 40 Jahren kämen neue Sanierungskosten. „Es muss den Bürgern gesagt werden, dass wir die Steuern dramatisch erhöhen müssen. Wir von der SPD tun das.“ Eine kürzere Abschreibung könne sich die Gemeinde nicht leisten, meinte Marc Beer (CDU), damit würden die jährlichen Kosten noch höher. Mehrere SPD-Anträge fielen im Ausschuss durch: Verschieben der Mehrzweckhallensanierung auf einen späteren Zeitpunkt unter Einbeziehung von Fördermitteln, eine maxi-

male Darlehensaufnahme von 35 Millionen mit Verkürzung der Abschreibung auf 50 Jahre.

› **Fördermanager** Einstimmig folgte der Ausschuss Anträgen von SPD und Freie Wählern, eine Stelle „Fördermittelmanager“ einzurichten. Der neue Mitarbeiter soll der Kommune beim Einwerben von Fördergeldern für Schulsanierungen oder Integriertem Handlungskonzept helfen. Auch bei der Wirtschaftsförderung kann er nach Ansicht der Freien Wählern tätig werden.

› **Sport** Der Bergische Tennisclub Blau-Weiß erhält künftig 8000 Euro als ungebundenen Zuschuss und wird den fünf Fußballvereinen gleichgestellt. Zusätzlich fließen 4375 Euro als Einmalzahlung zur Deckung von Eigenmitteln für Sanierungsprojekte aus dem Programm Moderne Sportstätte. Union BW Biesfeld/Offermansheide erhält 30 000 Euro zur Sanierung eines Besprechungsraums.

Schulen Projektbezogen erhält jede Kürtener Schule künftig symbolisch 500 Euro für Aktionen gegen Rassismus. Es war ein Antrag der SPD. „Das erwarten wir eigentlich als Selbstverständlichkeit der schulischen Arbeit“, meinte Werner Conrad (Freie Wähler). Sebastian Weirauch (AfD) warnte vor „Einseitigkeit“ der Projekte und wies auf Übergriffe auf AfD-Politiker hin. Bei erfolgreichen Projekten, so die Mehrheitsmeinung, soll es die Förderung auch in den nächsten Jahren geben.